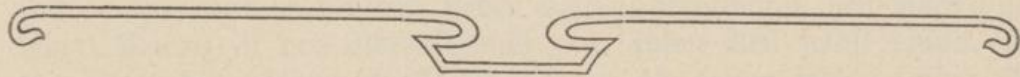


Liberale Vereinigung
für den Reichstagswahlkreis
Hanau - Gelnhausen - Orb.

Reichstagskandidat
Rechtsanwalt Dr. Heilbrunn.



Liberalismus
und Bauernstand.



1871

1871

1871

1871

1871

1871

1871

1871



Liberalismus und Bauernstand.

Es ist leider heute nicht mehr wie zu unserer Väter Zeiten, daß die Landbewohner in ihrer Mehrheit liberal sind. Wohl gibt es noch viele tausende Bauern, welche auf ihre liberale Gesinnung stolz sind. Aber andere tausend haben dem Liberalismus den Rücken gekehrt. Daran ist der Liberalismus zum guten Teil selbst schuld. Er hat es an der nötigen Aufklärungsarbeit oft genug fehlen lassen. Er ist in sich zersplittert und uneinig. Etliche seiner Gruppen führen zwar noch den Namen „liberal“, aber wirklich liberale Betätigung ist bei ihnen nur allzuseiten zu finden. Das haben die Gegner sich natürlich zu nütze gemacht. Die Konservativen, Antisemiten und der „Bund der Landwirte“ haben in Zeitungen und Versammlungen alle Register gegen den Liberalismus gezogen. Die großen Herren, deren Geschäfte diese Gegner in Wahrheit immer besorgt haben, haben riesige Summen für Agitationszwecke aufgebracht. Der Bund der Landwirte wird damit unterstützt und seine Wanderredner kommen in manchen Kreisen alljährlich bis ins kleinste Dorf. Solange der Liberalismus nicht mit gleichem Eifer arbeitet, werden sich viele Landleute weiterhin von den schönen Redensarten dieser Bundesreisenden blenden lassen. Das soll nicht so weitergehen! Wenn der konservativ-agrarisch-antisemitischen Weisheit gegenüber gestellt wird, was die Liberalen für die Bauern anstreben, dann wird jeder denkende Bauer sich wieder für den Liberalismus entscheiden und es wird wieder sein wie früher, daß nicht nur das Bürgertum, sondern auch der Bauernstand wieder liberal denkt, und liberal — wählt.

Was versteht man unter Liberalismus?

Das Wort liberal ist ein Fremdwort wie das Wort agrarisch oder konservativ auch. Zu deutsch heißt liberal soviel wie freiheitlich.

Freiheitliche Politik, freie Staatsbürger in einem freien Staate, das ist's, was der Liberalismus will. Freiheitliche Gesetze, freiheitliche Einrichtungen, freiheitliche Regierung, freiheitliche Gesinnung, ein freies Volk. Gewiß kann kein Staat, keine Stadt, kein Dorf, nicht einmal ein einzelner Bauernhof ohne feste Ordnung und straffes Regiment gedeihen. Und natürlich muß sich jeder einzelne dieser Ordnung fügen. Aber die notwendige Ordnung darf im kleinen und im großen nicht den Geist der Freiheit vermissen lassen und die Menschen, die ihr unterworfen sind, nicht knechten und drücken. In diesem Sinne fordert der Liberalismus unter Anerkennung der notwendigen Ordnung freie

Entwicklung für Stadt und Land. Durch Freiheit allein ist wahrer Fortschritt möglich. Fortschreiten müssen wir aber mit unserer Zeit, sonst kommen wir unter die Räder. Wer nicht mit vorwärts schreitet, bleibt sehr bald hinter seinen Zeitgenossen zurück, wird wirtschaftlich und politisch rückständig. Freiheit und Fortschritt muß daher die Losung sein. **Freiheit und Fortschritt** sind die Leitsterne des Liberalismus.

Liberalismus und Bauer.

Liegen nun die Interessen des Bauern beim Liberalismus, also bei der Freiheit und dem Fortschritt? Die Geschichte des deutschen Bauernstandes beantwortet diese Frage mit einem kräftigen „Ja“! **Die Bauerninteressen haben allezeit beim Liberalismus gelegen.** Das lehrt überzeugend die Geschichte des deutschen Bauernstandes und aus der Geschichte soll man lernen. Die größten Feinde des Bauern waren allzeit auch die Feinde des Fortschritts und der Freiheit, und das sind bei uns vornehmlich die Großgrundbesitzer, die Junker und Herren, dieselben Leute, die heute dem Bauer, weil sie ihn als Wähler brauchen, glauben machen möchten, seine Interessen seien gleichlaufend mit denen des Großgrundbesitzers. Dabei ist es den Junkern und Junkergenossen (die letzteren sind die Kostgängerparteien des Bundes der Landwirte, wie Konservative, Freikonservative, Antisemiten, Christlich-Soziale und ähnliche) freilich sehr peinlich, wenn man sie einmal an die Vergangenheit erinnert. Die Geschichte der deutschen Bauernhöfe ist eine alte und lange Leidensgeschichte. Nachgiebige Fürsten haben zu Zeiten unserer Großväter die Herren Junker nach Belieben walten und schalten lassen. So haben die Junker halb mit Gewalt und halb mit List zahllose Bauern von Haus und Hof vertrieben und zu abhängigen Arbeitern gemacht; Bauernlegen nannte man das. Es galt für vornehm, möglichst viele freie Bauern zu beugen und zu Fronden zu zwingen. Von den Fronden erzählen noch alte Leute, und in den Chroniken steht es geschrieben, wie unsere Vorfahren haben müssen zu Hofe gehen, ackern und säen, dreschen und Dung fahren für die „gnädigen Herren“. Und meistens gerade an den Tagen, wo die Arbeit zu Hause am nötigsten war. Die Regierung sah schließlich ein, daß es so nicht weiter gehen konnte. War doch die Bauernbedrückung mit Schuld daran, daß Preußen und ganz Deutschland von dem ersten Napoleon so gedemütigt werden konnte. Und die Junker und Herren, die damals als Offiziere in der Armee standen, benahmen sich feige, übergaben ihre Truppen wie Schaafherden. Liberale Männer wie Stein und Hardenberg, wahre Edelleute und darum von den Junkern aufs fürchtbarste gehaßt, setzten endlich Reformen durch und schufen die Bauernbefreiung, jene großen Freiheitsgesetze, die zu Preußens Wiedergeburt führten. Die Junker wußten aber in den kommenden Jahren von dieser fortschrittlichen Gesetzgebung vieles rückgängig zu machen; die Bauernbefreiung wurde dazu benutzt, große Flächen von Bauernland einzuziehen; denn das Bauernlegen war rentabel, so lange die Preise für Getreide stiegen. Bei hohen Getreidepreisen hat sich noch immer

der Großgrundbesitz ausgedehnt und ist immer der Bauernstand zurückgegangen. Jene Millionen besitzloser Landarbeiter, die das Hauptteil der deutschen Auswanderer bilden, sind Bauernsöhne, deren Vorfahren die Junker damals aus ihrem Besitz vertrieben haben. Professor Sering, der es gewiß nicht liebt, den Agrariern ein Haar zu krümmen, hat festgestellt, daß in den Jahren von 1816—1859 die Bauern bald 2 Millionen Morgen Land allein im ostelbischen Preußen an die Rittergüter verloren haben. Und ein anderer, A. Meitzen, hat festgestellt, daß es im Jahre 1859 — man höre und merke es sich — in Preußen **9873 Bauerngüter weniger** gab, als im Jahre 1816, und die Verminderung des Bauernstandes dauerte bis in die 70er Jahre hinein. Das sind geschichtliche Tatsachen, die durch nichts aus der Welt geschafft werden können.

Erst im Jahre 1848 wurde infolge des Ansturms der Revolution und auf Drängen liberaler Männer die Aufhebung der Hand- und Spanndienste und der Abgaben an die Rittergüter in die Wege geleitet. Dabei verstanden es aber die Herren noch sehr gut, den Bauer sich auf lange Zeit tributpflichtig zu machen. Sie wußten so geschickt ihren Einfluß bei der Regierung auszunutzen, daß ihre Jahrhunderte lang betriebene Ausnutzung der Bauern ihnen noch „abgelöst“ werden mußte in schöne 50—60jährige Geldrente, die in manchen Gegenden des deutschen Vaterlandes heute noch mit den Steuern bezahlt werden muß. Der Liberalismus der sechziger und siebziger Jahre hat dann mit den alten Herrenrechten gründlich aufgeräumt. Zwar haben die Rittergüter vielfach noch immer allerlei Steuerfreiheit und veraltete Vorrechte, aber die Bauern sind doch heute allgemein frei von dem Druck persönlicher Lasten. Das ist den großen Herren natürlich sehr fatal. Mit der ihnen eigentümlichen Unverfrorenheit schweigen sie die geschichtlichen Tatsachen tot und bringen es fertig, den Liberalismus, der die Bauern der Freiheit zugeführt hat, als „bauernfeindlich“ zu verleumden. Mit echter Junkerschlaueit gehen sie dabei zu Wege. Sie haben einen großen Bund gegründet und diesem den wunder-schönen Namen

Bund der Landwirte

gegeben. Das klingt sehr verführerisch. Der denkende Bauer jedoch, der dem Treiben des Bundes mit offenem Auge zusieht, erkennt bald, daß hinter dem schönen Namen sich eine herzlich schlechte Sache verbirgt. Der Bauer soll wieder Schleppenträger des Großgrundbesizers werden. Viele haben das allmählich erkannt und das Kind beim rechten Namen genannt, nämlich: Junkerbund. Man braucht nur die Namen des Vorstandes und Ausschusses des Bundes anzusehen, um die Richtigkeit dieser Bezeichnung glänzend bewiesen zu bekommen. Man findet da nur Rittergutsbesitzer oder Großpächter, zur Abwechslung ein paar höhere Beamte; kaum ein paar Leute, die man als „Renommierbauern“ bezeichnen könnte, gehören dem Ausschuss an. Auch in den Provinzial- und Kreisverbänden geben die Großgrundbesitzer den Ton an. Ueberall im Bund der Landwirte darf der Bauer zahlen, während der Großgrundbesitzer regiert. Des-

halb haben auch antisemitische Führer, als die antisemitische Bewegung noch jung war, den Bund sogar „Bund der Bauernfänger“ genannt. Diese Antisemiten sind freilich jetzt selbst im Bunde untergeschlüpft, denn der Bund hat wohlgefüllte Kassen und manchen fetten Posten zu vergeben. Mancher Bauer hat sich leider einsperren lassen, mancher Landbewohner ist aber auch Zwangsmitglied des Bundes geworden. Der eine ist dem Ortsvorstand zu Liebe beigetreten, der andere muß Mitglied sein, weil der oder jener Großgrundbesitzer bei ihm arbeiten läßt. So ist selbst mancher Handwerker, Gastwirt und abhängige kleine Mann, „der Not gehorchend, nicht dem eignen Triebe“, dem Bunde der „Manchettenbauern“ beigetreten.

Was will der Bund?

Er hat eine wirklich verlockende Losung gefunden. Die bündlerischen Wanderredner sagen:

„Wir Bauern müssen zusammenhalten“
„Großgrundbesitzerinteresse, und Bauerninteresse
ist gleich.“

Das klingt wunderschön, ist aber trotzdem nicht richtig. Lassen wir uns nicht durch Redensarten und schöne Worte betören, sondern sehen wir uns nüchtern die Dinge an, wie sie in Wirklichkeit liegen.

Das Hauptmittel, das der Bund zur Hebung der Landwirtschaft fordert, sind

die Zölle.

Da haben wir erstens **Brotfruchtzölle**. Der Großgrundbesitzer möchte hohe Getreidepreise haben. Seine Söhne sind zumeist Offiziere und brauchen viel Geld, und auch er selbst will nicht schlecht leben. Da sollen nun die neuen Brotfruchtzölle helfen. Nützen sie auch dem Bauer? Nein, und dreimal nein! Denn die Mehrzahl der deutschen Bauern verkauft weniger Getreide als andere Produkte. Reichskanzler Fürst Hohenlohe führte im Reichstage einmal aus, daß 77 unter 100 deutschen Landwirten kein Interesse an hohen Brotfruchtpreisen hätten. Allgemein kann angenommen werden, daß, wer weniger als fünf Hektar Land (20 Acker) besitzt, keine Brotfrucht verkaufen kann. Es gibt aber auch Bauern mit Land bis zu 20 Hektar, die kein Brotgetreide verkaufen. Unzählige kleine Bauern aber müssen noch für ihren Bedarf Brotfrucht oder Saatgetreide hinzukaufen. Aber auch die mittleren Bauern, die ein paar Zentner Brotfrucht auf den Markt bringen, haben nur einen **Schein**vorteil von den Zöllen. Nehmen wir an, daß ein Bauer 10 Doppelzentner verkauft und dafür nach den neuesten Zollsätzen 20 Mark mehr löst. Da wird er zunächst sehr froh sein. Denn jeder nimmt, was er kriegen kann, und der Bauer kann ein paar Goldfische immer gut brauchen. Aber der hinkende Bote kommt nach. Denn in Verbindung mit den früheren Getreidezöllen tritt eine gewaltige Steigerung fast aller anderen Zölle ein. **Alles, was der Bauer kauft, wird teurer**. Die Schuhe und was er sich sonst an Kleidung nicht selbst herstellt, fast alle landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte, wie: Sensen, Sicheln, Strohmesser, Feilen, Raspeln,

Hämmer, Eggen, Pflüge, Sandrechen, Pferderechen, Draht, Nägel, alles was zur Errichtung der Wohnung dient, alles was im Haushalt oder für die Viehhaltung zu beschaffen ist, all das wird teurer. Und macht der Bauer dann am Schlusse des Jahres seine Rechnung, so wird er finden: 20 Mark mehr Einnahme, 100 Mark mehr Ausgabe. Macht 80 Mark **Verlust**.

Ist das ein Vorteil für den Bauer?

Riesigen Vorteil aber haben die großen Besitzer durch die Zölle. Sie, die Tausende von Doppelzentnern Getreide verkaufen, können die Verteuerung der übrigen Wirtschaftsmittel leicht verschmerzen. Die 25 000 großen Besitzer, die es im Deutschen Reiche gibt, verkaufen zusammen eine Million achtmalshunderttausend Tonnen Brotrucht. Stiege der Zoll auf 7.50 Mark, wie der Bund der Landwirte verlangt, so wäre das für diese großen Besitzer eine Mehreinnahme von jährlich 72 Millionen Mark, das heißt für jeden einzelnen 2500 Mark jährlicher Mehrgewinn und zwar die 34 größten Besitzer, die jeder mehr als 10 000 Hektar haben, würden jeder einzelne **über 100,000 Mark profitieren**. Schon diese Tatsachen zeigen, was der Zoll für ein Instrument **himmelschreiendster Ungerechtigkeit** ist! Der mittlere und kleine Bauer, der sich, wenn die Sonne kaum aufgegangen, auf seiner Scholle hart plagen muß bis in die sinkende Nacht, hat keinen Vorteil, meist noch direkten Schaden vom Zoll. Der große Besitzer, der seinen Acker bewirtschaften läßt, sich Inspektoren und viele Leute hält, sich selbst nicht viel kümmert um seine Güter, erhält Tausende von Mark durch Zollerhöhung in den Schoß geworfen. Schon diese Tatsachen müssen jeden gerechtdenkenden Menschen zum Gegner der Zollerhöhungen machen!

Das ist aber noch nicht das schlimmste an den Zöllen. Steigen die Brotruchtpreise, so wird das Brot teurer. Die Bündler haben oft die Kühnheit, zu bestreiten, daß der Zoll das Brot verteuere. Aber jeder muß einsehen: wird der Tabak teurer, steigen die Zigarren im Preise, wird das Leder teurer, muß der Schuster seine Ware teurer verkaufen. Wird also das Korn teurer, kann das Brot nicht den alten Preis behalten. Das sagt einem der gesunde Menschenverstand und jede Statistik bestätigt das. Darum schädigen die neuen Zölle alle deutschen Broteßer. Die reichen Leute berührt natürlich die Broterteuerung nicht, und auch der gut bezahlte ledige Arbeiter wird sie tragen können. Aber die Mehrzahl der Bevölkerung, in Preußen 62 von 100, besteht aus Leuten, die weniger als 900 Mark Jahres-Einkommen haben. Sie werden von der Broterteuerung schwer betroffen, und um so schwerer, je größer die Zahl der Kinder in einer Familie ist. Jedes Kind mehr ist ein Broteßer mehr, bedeutet für den Familienvater bei dem 7.50 Mark-Zoll eine jährliche Mehrausgabe an Kornzoll von etwa 15 Mark. Für eine Familie von sechs Kindern wäre das eine jährliche Last von 120 Mark. Je ärmer jemand ist, je mehr er belastet ist durch eine starke Familie, um so unerträglicher lastet auf ihm jede Kornzollerhöhung.

Höhere Getreidepreise bedeuten darum schon aus diesem Grunde eine schwere Schädigung und Schwächung der Volks-

kraft. Weiter ist, wie wir schon gesehen haben, festgestellt, daß die selbständigen Bauernbetriebe zu Zeiten hoher Getreidepreise zurückgehen. Wenn die Großgrundbesitzer solche Unsummen durch höhere Zölle in den Schoß geworfen bekommen, kaufen sie Bauernland an. Aber weiter: Zu Zeiten sehr hoher Getreidepreise wandern so und soviel Tausende deutscher Brüder mehr aus. Bei hohen Getreidepreisen gibt es viel mehr Eigentumsvergehen. Auch die Sterblichkeitsziffer der Schwindsüchtigen geht in die Höhe.

Kurzum, diese ganze Großgrundbesitzervolitik der Brotvertenerung ist der schlimmste Rückschritt.

Eine gesunde Bauernpolitik beruht auf dem Fortschritt. Die fortschrittliche Betriebsweise ist die, die das Schwergewicht auf die Viehwirtschaft legt. **Getreideverkauf ist Großgrundbesitzersache, Viehzucht ist Bauernsache.** Aus der Viehwirtschaft zieht der Bauer den Hauptnutzen. Nach den amtlichen Erhebungen des deutschen Landwirtschaftsrates betragen im Durchschnitt für alle landwirtschaftlichen Betriebe

die Einnahmen aus dem Getreidebau	. 26,4%
" " " der Viehzucht	. 40,6%
" " " and. Ackerfrüchten	. 16,3%
" " " dem Garten usw.	. 16,7%

Bringt man die wesentlich am Getreideverkauf interessierten Großgrundbesitzer bei dieser Statistik in Abzug, so verringert sich der Prozentsatz, mit welchem der Getreidebau an den Einnahmen der Bauern Teil hat, noch erheblich zu Gunsten der Viehzucht. Der große Besitz verdient weniger an der Viehwirtschaft als am Getreidebau, beim Bauer ist es umgekehrt. Der Bauer hat das meiste Vieh in den Ställen. Von der Schweinehaltung im Deutschen Reiche entfallen 72 Prozent auf die Betriebe bis zu 5 Hektar, 93 Prozent auf die bis zu 20 Hektar, von der Rindviehhaltung 60 Prozent auf die Betriebe unter 6 Hektar und 80 Prozent auf die bis zu 20 Hektar. Darum liegt des Bauern Vorteil beim Verkauf von Vieh und Viehprodukten, ferner bei den Erzeugnissen moderner Wirtschaft, wie Milch, Butter, Käse, ferner Geflügel usw. In der Nähe größerer Städte sind auch Gemüse- und Obstbau sehr einträglich.

Die schlauen Füchse von Junkern merken nun wohl, daß die Bauern am Ende auf den Gedanken kommen könnten, daß sie von hohen Getreidezöllen herzlich wenig profitieren. Deshalb sagen sie: Wir wollen auch

Viehzölle und Viehschutz.

Nun, für den Viehschutz treten auch die Liberalen warm ein. Wir wollen nicht, daß verseuchtes Vieh aus dem Auslande die Viehstände unseres deutschen Bauern in Gefahr bringt. Eine gründliche Kontrolle ist notwendig. Aber gerade in dieser Beziehung läßt die mit den neuen Handelsverträgen untrennbar verbundene neue Viehseuchenkonvention viel zu wünschen übrig. Es kann jetzt, wenn die Seuche in Oesterreich-Ungarn ausgebrochen ist, bei uns die Grenze gegen Vieheinfuhr gesperrt werden. Das würde an sich für

unsere Viehzüchter sehr gut sein, aber die Sache hat einen Haken. Die Konvention bestimmt nämlich:

„Verseucht ist eine Gegend in Oesterreich-Ungarn erst dann, wenn in einem Stalle mehr als 10% des betreffenden Viehes verseucht ist, und wenn in einer Gegend mehr als 10% der Viehgehöfte verseucht sind.“

Das ist ja zum Lachen! Die Seuche kann doch auch eingeschleppt werden, wenn nur 9% im Auslande verseucht ist, ja überhaupt, wenn eben im Auslande Seuche herrscht. Da haben die Zollparteien, die diese Konvention angenommen haben, dem deutschen Viehbauer **einen herzlich schlechten Dienst geleistet**. Aber diese Leute haben dann noch die edle Dreistigkeit, gegen die Liberalen, die diesen ungenügenden Schutz der deutschen Viehzucht verworfen haben, damit die alten besseren Bestimmungen in Kraft blieben, den Vorwurf der „Bauernfeindlichkeit“ zu erheben. Recht treffend sagt diesen Leuten die Wahrheit der liberale Reichstagsabgeordnete für Waldeck, Dr. Heinz Potthoff. Er schrieb in einem Artikel „Schutz dem deutschen Viehstande“:

„Daß die Agrarier einschließlich des Bundes der Landwirte und der Antisemiten, trotzdem der Konvention zugestimmt haben, kann nicht Wunder nehmen. Sie zeigen damit nur, daß trotz aller Bauernfreundschaft, die sie im Munde führen, sie bei der Entscheidung doch stets für die Interessen der Großgrundbesitzer in erster Linie eintreten. Wir Liberalen sind bekanntlich anderer Ansicht. Wir halten Bauernstand und Viehstand für die bei weitem wichtigsten Zweige der deutschen Landwirtschaft. Wir konnten daher einer Konvention nicht zustimmen, die den notwendigen Schutz unseres wachsenden Viehstandes nicht gewährt.“

Und die Viehzölle sind so richtig eine Spekulation auf die Unwissenheit. Aber gemacht, ihr Herren Bündler. Dem Bauer gehen die Augen auf. Er weiß, daß diese Viehzölle nichts helfen, wenn ihm von seinen Zollfreunden zu gleicher Zeit

Futtermittelzölle

aufgehält werden. Nur ein kleines Pröbchen von den Futtermittelzöllen, die der Bund der Landwirte zum Zolltarif im Reichstage beantragte. Er wollte den Zoll für den Doppelzentner auf Futtergerste **7.50** Mark, auf Mais **5** Mark, auf Raps **6** Mark, auf Raufutter **2** Mark, auf Futterbohnen, Lupinen, Wicken **5** Mark u. s. w. Alles sollte dem Bauer verteuert werden!! Eine reizende Bauernfreundlichkeit, nicht wahr, lieber Leser? Rechne nur jeder Bauer sich einmal aus, wieviel Futtermittel er das Jahr über kauft, und er wird sehen, wie diese Bündler, die seine Freunde sein wollen, ihn in Wahrheit zu schädigen beabsichtigen. Es sind kolossale Summen, die damit dem deutschen Bauer aufgebürdet werden. Nur einige Tatsachen hierfür. Wir führen für 480 Millionen Mark Futtermittel ein. Und die kauft doch fast nur der deutsche Bauer. Dabei allein für 130 Millionen Mark Mais, der jetzt 3 Mark Zoll tragen muß.

Aber das schlimmste für den Viehzüchter kommt noch. Wie steht es denn: Wovon hängt die Existenz des Bauern ab? Von seinen Abnehmern. Wer aber kauft sein Schlachtvieh, seine Butter und Milch, seine Eier, sein Obst und seine Gemüse? Die

Masse der Bevölkerung, namentlich in den Städten. Von ihrer Kaufkraft hängt für den Bauer alles ab. Nun haben wir gesehen, wie schwer die Brotsfruchtzölle gerade die Masse der Bevölkerung belasten. Für jede Familie — je größer, je höher — beträgt der Zoll eine gehörige Summe. Diese Mehrbelastung an Brot muß irgendwo wieder gespart werden. Weniger Brot kann und wird der Arbeiter nicht essen. Soll die Summe etwa an der Wohnung gespart werden? Die Mieten in der Stadt werden eher höher als billiger. **Nun, dann wird da gespart werden, wo gerade die Interessen des deutschen Bauern ruhen**, also an Fleisch, Butter, Milch, Käse, Eier u. s. w. Bei einem Arbeiter macht das wenig aus. Aber bei den Millionen der deutschen Arbeiter bedeutet das eine kolossale Menge, was weniger gebraucht wird. Und jeder Bauer weiß nur zu gut, wenn auf den städtischen Märkten die Kaufkraft nachläßt, dann gehen die Preise herunter und das wirkt bis in das kleinste Dorf hinein. Das bedeutet schweren Nachteil für den deutschen Bauer, es verwundet ihn am Mark seiner Wirtschaft, an der Viehzucht. Schließlich haben wir noch

Industriezölle.

Nun, was an denen der Bauer profitiert, haben wir ja gesehen. Alles wird teurer. Das schlimme aber ist dabei, daß die Industriezölle nur der Großindustrie, die in mächtigen Organisationen zusammengeschlossen ist, nützen. Dagegen erleidet die Exportindustrie, die deutsche Waren nach dem Auslande ausführt, schweren Schaden. Wenn wir dem Auslande die Einfuhr erschweren, tut man uns dergleichen. An der deutschen Exportindustrie sind 12 Millionen Menschen interessiert. Wenn diese nicht mehr genügend beschäftigt werden können, wird der Verdienst geringer und damit wieder ihre Kaufkraft für bäuerliche Produkte schwächer. Bauer und Arbeiter sind alle beide mit den Zöllen doppelt und dreifach schlimm daran.

An der Hand von Tatsachen haben wir so **den zwingenden Nachweis erbracht, wie verschieden die Bauerninteressen von den Junkerinteressen sind.** Den Junkern sind diese Tatsachen aber unbequem. Sie suchen sie durch die allgemeine Redensart zu entkräften: „Ja, ihr Liberalen wollt die Bauern nur gegen die Junker hegen.“ Nein, nichts liegt uns ferner, wie das. Wenn aber die Junker sagen: „Großgrundbesitzer und Bauern gehören zusammen“, dann haben wir Liberalen, die wir wissen, daß das nicht wahr ist, die einfache Pflicht, **die Wahrheit zu sagen.**

Wer die Wahrheit kennt und sagt sie nicht,
Der ist fürwahr ein erbärmlicher Wicht!

Ein Wort über die Industrie

muß noch gesagt werden. Die Herren Junker und Junkergenossen schelten immer auf sie. Ja, ein Junker hat die Arbeiter in der Stadt sogar „skrophulöses Gesindel“ geschimpft. Wozu die gegenseitige Verhegung von Stadt und Land? Sie ist geradezu ein Hohn auf die deut-

sche Einigkeit. Gewiß hat die Industrie sich riesig ausgedehnt, die Städte sind gewachsen. Aber das Wohlergehen der Industrie ist doch, wie wir gesehen haben, für den Bauer von großer Bedeutung. Die Industriearbeiter stellen die Abnehmer bäuerlicher Produkte dar. Die Agrarier führen oft das schöne Sprichwort an: „Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt.“ Sehr richtig! Aber „haben“ muß es der Bauer erst. Und er bekommt's, wenn in den Städten flott gekauft wird. Darum muß der Bauer wünschen, daß die Industrie wächst, blüht und gedeiht, darum liegt es durchaus in seinem Interesse, wenn die Arbeiter in den Städten gute Löhne erhalten, damit sie tüchtig Fleisch und sonstige Bauernerzeugnisse kaufen können.

Blühende Industrie ist die Vorbedingung einer gut lohnenden Viehzucht. Die Landwirte klagen am lautesten da, wo es keine Industrie, keinen Handel und Verkehr gibt, in Ostelbien. Im industriellsten Bundesstaate Deutschlands, in Sachsen wird dagegen das meiste Fleisch gegessen. Mit der Entwicklung der Industrie ist der Fleischverbrauch gewaltig gestiegen. 1850 betrug er pro Kopf jährlich nur 16 kg., 1892 aber 43 kg. Was eine solche Verbrauchssteigerung in der Masse für den deutschen Bauer bedeutet, dafür nur ein Beispiel. Wenn im Jahre 1895 alle Lohnarbeiter nur 5 Pfennig mehr Lohn bekommen hätten, so würde das 191 Millionen Mark ausgemacht haben, die diese Arbeiter mehr erhalten und ausgegeben hätten; von diesen 191 Millionen Mark würde auch wieder ein großer Teil der Landwirtschaft zu gute gekommen sein, denn der Industriearbeiter wird nur den kleinsten Teil der Lohnhöhe auf die Sparkasse bringen. Das Meiste wird er ausgeben, um sich und seiner Familie etwas mehr Fleisch, Butter, Bier, Obst und Gemüse zu gönnen. In Rheinland-Westfalen ist die Lohnhöhe von 3.20 Mark auf 3.80 Mark gestiegen; das macht auf 250 000 Arbeiter allein 45 Millionen Mark mehr. Man sieht also was gerade die Lohnhöhe des Arbeiters für den Absatz bäuerlicher Produkte bedeutet. Und zwar ist dies nicht nur für den nahen Markt von Bedeutung, auch draußen auf dem Lande, weit von der Stadt spürt man deutlich den Pulsschlag des Warenaustausches.

Die Bündler sagen: Wenn sich zuviel Bauern auf die Viehzucht werfen, entsteht Ueberproduktion. So ein Unsinn! Für 630 Millionen führen wir noch Vieh und Viehprodukte aus dem Auslande ein, weil mehr gebraucht wird, als die deutschen Bauern liefern können. Dieses schöne Stück Geld könnten unsere Bauern wahrhaftig selbst noch verdienen. Zudem wird der Bedarf immer noch größer, da das deutsche Volk jährlich um 900 000 Menschen wächst.

Weiter sagen die Bündler: Ja, aber durch das Wachsen der Industrie ist die Landflucht und die **Leutenot** entstanden. Nun, die Leutenot ist natürlich eine betrübende Sache, auch für den Bauer. Aber es ist nicht wahr, daß die Industrie daran schuld ist. Früher ist die Landflucht ebenso stark gewesen. Da sind die Leute ausgewandert nach Amerika oder in die weite Welt. Jetzt gehen sie in die Industrie. Das ist doch gegen früher ein Fortschritt. Sie bleiben doch damit dem deutschen Vaterlande erhalten. Auch jeder Bündler

muß übrigens zugeben, daß die 20 Millionen Menschen, die Deutschland seit 50 Jahren zugenommen hat, gar nicht in der Landwirtschaft hätten unterkommen können. Diese Bevölkerungszunahme hat die deutsche Industrie aufgenommen und damit Millionen deutscher Brüder dem Vaterlande erhalten. Diese Tatsache allein sollte den deutschen Bauernmann, der sein Vaterland hochhält wie kein anderer, mit den unleugbaren Schattenseiten der Industrie ausöhnen.

Doch zurück zur Leutenot. Ja, welches Mittel haben denn die Herren Bündler dagegen? Kontraktbruchgesetz, antworten sie uns. Nun, jemehr die Schikanen vermehrt werden, um so größer wird schließlich die Landflucht. Ueberhaupt ist der Großgrundbesitzer an der Landflucht nicht ohne Schuld. Auf großen Gütern werden die Leute oft schlecht behandelt. Die Herren holen Polacken und Galizier herein, um mit ihnen die Löhne zu drücken. Da ist es kein Wunder, wenn die Leute auswandern.

Ein bißchen Schuld trifft an der Landflucht aber wohl auch mitunter die landwirtschaftliche Bevölkerung. Mancher Bauernsohn, der bei der Garde gedient hat, meint, er stände sich besser als Briefbote oder Schreiber. Jedem sei sein Beruf gegönnt, aber der Bauernsohn soll auch den Stolz haben, zu seinem landwirtschaftlichen Beruf zurückzukehren. Ein tüchtiger Mensch ist noch immer auf dem Lande vorwärts gekommen. Zudem ist sicher, daß die Leutenot auch wieder besser werden wird; denn das deutsche Volk wächst und wächst immer weiter. Man soll zwar der Industrie keine langsame Entwicklung wünschen; das wäre das schlimmste auch zugleich für die Landwirtschaft. Aber bestimmt ist anzunehmen, daß im Laufe der Zeit hier eine etwas ruhigere Entwicklung eintreten wird, und daß auch die Leutenot wieder verschwinden wird.

Wie man also die Sache ansieht, die Industrie ist für den Bauer kein Unglück, sondern, wie fürs ganze Volk, ein Segen. Betont muß wohl gerechter Weise auch werden, daß durch das Aufblühen der Industrie eine Steuerentlastung auf dem Lande möglich war. In der Stadt zahlt heute ein Mann pro Kopf 7.63, auf dem Lande aber nur 1.77 Mark Steuern. So sehen wir immer und immer wieder, wie die Interessen der Bauern bei dem Fortschritt, bei der industriellen Entwicklung liegen. Darum sagen wir, nicht Großgrundbesitzer und Bauer dürfen zusammengehen, um rückschrittliche Politik zu treiben, die dem Junker nützt und dem Bauer schadet. Nein, Bauer, Bürger und Arbeiter, Stadt und Land haben ein engeres Interesse an einem harmonischen Zusammengehen. Wie es im Kleinen im Dorfe ist, so geht es im Großen im Reiche. Jeder Bauer weiß, daß im Dorfe immer die Großen für sich zuerst sorgen, mag es sich handeln, um was es will. Da müssen alle kleinen Leute einmütig zusammenstehen, und so ist es auch im Reiche. Großgrundbesitzer und Großindustrie haben zusammen die Zölle gemacht. Jeder hat dem andern gegeben, was er haben wollte. Die Gesamtheit der kleinen Leute muß zahlen.

Andererseits arbeiten Agrariertum und Großindustrie daran, unsere durch die Verfassung verbürgten politischen Freiheiten zu

beschränken. Die Blätter der Großindustrie und des Junkertums führen im traulichen Verein einen scharfen Kampf gegen

das Reichstagswahlrecht,

das wichtigste Volksrecht.

Man will die Masse der Bevölkerung, und diese bilden Bauern, Bürger und Arbeiter, politisch entrichten. Da heißt's: Aufgepaßt, Bauern! Wählt keinen Konservativen und auch keinen Junkergenossen in den Reichstag, auch nicht, wenn er sich als Freund des Wahlrechts gebärdet. Seine Führer haben zu viel aus der Schule geplaudert, als daß man ihren Leuten noch trauen könnte. Ehrliche Wahlrechtsfreunde sind dagegen die Liberalen. Diese verlangen auch ein

besseres Wahlrecht zum preussischen Landtag.

Das bisherige öffentliche Dreiklassenwahlrecht, bei dem der abhängige Landmann nicht frei wählen kann, hat schon Bismarck das e l e n d e s t e aller Wahlsysteme genannt, aber die Herren Junker fühlen sich bei diesem Wahlrecht, das man eigentlich Wahlunrecht nennen sollte, sehr wohl. Es macht nicht viel Mühe gewählt zu werden. Bei der öffentlichen Wahl müssen die abhängigen Leute doch so wählen, wie der Herr Landrat oder sonstige einflussreiche Leute wollen. Die paar Wahlmänner, die nicht den großen Herren nachlaufen, sind übel angeschrieben. Wir Liberalen verlangen, daß zum Landtag gleichwie zum Reichstag geheim, direkt und gleich gewählt werde. Es ist eine Schande, daß jetzt der größere Geldsack auch ein größeres Wahlrecht verleiht.

Im **Kreistage** ist's nicht anders. Warum müssen hier die Rittergutsbesitzer eine besondere Abteilung bilden? Warum dürfen diese paar Herren ebenso viel Vertreter in den Kreistag senden als die gesamten Bauerndörfer, trotzdem sie weniger an Steuern leisten und auch weniger Einwohner haben.

Forderung der Liberalen für die Bauern.

Außer der Forderung größerer politischer Freiheiten haben wir Liberalen noch positive Vorschläge zu machen, die wirklich dem Bauer helfen. Da sind zumeist Forderungen, welche den besonderen Lebensbedingungen der Landwirtschaft Rechnung tragen. Leistungsfähig muß der Bauer gemacht werden, damit er mit den Landwirten anderer Länder konkurrieren kann. In erster Linie ist darum zu verlangen **Beseitigung der Futtermittelzölle**, damit der Bauer billiger produzieren kann, **wirksamer Seuchenschutz** gegen verseuchtes Ausland. Manche Seuchen entstehen leider auch im Inland. Kann man sie nicht verhüten, so muß man sich wenigstens gegen ihre Folgen schützen. Das versuchen die **Biehversicherungskassen**, die in manchen Orten gegründet worden sind. Sie sind gut, aber sie reichen nicht aus. Auch ist das Risiko bei der kleinen Zahl der Versicherten zu groß. Dem deutschen Bauernstand muß die Sicherheit gegeben werden, daß er in Ruhe seinen Viehstand erhalten und vergrößern kann. Darum brauchen wir eine **Reichsviehversicherungs-**

kasse mit Reichszuschuß. Desgleichen ist die **Verstaatlichung der Hagelversicherung** zu wünschen. Privatgesellschaften, die sich untereinander mit Riesenkosten Konkurrenz machen, verteuern dem Landwirt unnötig die so wichtige Hagelversicherung. Eine einheitliche Hagelversicherung von Staats wegen würde zu einer gewaltigen Kostenersparnis führen. Der Staat muß ferner Beihilfe leisten zu notwendigen Drainagen und Meliorationen. Verbesserungsbefürftig ist vor allem das **landwirtschaftliche Kreditwesen.** Soweit der Personalkredit in Frage kommt, reichen die Darlehenskassen vollkommen aus, nicht aber für den Hypothekenkredit. Vielleicht empfiehlt es sich, daß Staat und Gemeinde das Verleihungsrecht bekommen. Der Staat hat billigeren Kredit als der Privatmann und kann deshalb zu niedrigem Zinsfuß ausleihen. Der Bauer kann dann viel eher amortisieren und wird aus den Händen ausbeuterischer Geldverleiher befreit. Ganz besonders wichtig ist eine **gute Schul- und Fachbildung.** Der einsichtige Bauer weiß, wie er rechnen muß, und will daher, daß sein Sohn es womöglich noch besser lernt. Er braucht es bei unserer fortschreitenden Entwicklung. Der Bauer muß daher schulfreundlich sein, am Fortschritt, nicht am Rückschritt der Schule hat er ein Interesse. Der Staat muß immer mehr sorgen für **landwirtschaftliche Schulen und belehrende Vorträge.** So wird der Weg gebahnt für Einführung und Förderung neuer zweckmäßiger Betriebsarten. Wieviel kann immer noch z. B. für zweckmäßige Düngung, für Obstbaumzucht, Geflügelzucht u. s. w. geschehen! Freilich, dem einzelnen Landwirt gelingt es oft nur schwer oder gar nicht, solche Fortschritte auszunutzen. Deshalb ist auch eine eifrige **Förderung des ländlichen Genossenschaftswesens** dringend geboten. Wie segensreich wirken Einkaufsgenossenschaften und Darlehenskassen! Der Schulfortschritt und der Genossenschaftsgedanke, der dem deutschen Bauer so unendlichen Segen gebracht, sind **liberale** Gedanken. Das Musterland für Genossenschaften und landwirtschaftliche Schulen ist Dänemark. Der dänische Bauernstand, der durchweg gesund ist, ist liberal. Er will von den Konservativen nicht bevormundet und übervorteilt werden. Er wehrt sich mit Händen und Füßen gegen alle Zölle.

Reformbedürftig scheint uns Liberalen auch die Alters- und Invalidenversicherung, das **sogenannte Klebegesetz.** Die segensreiche Einrichtung, daß der alte und invalide Arbeiter Anspruch auf eine Rente hat, soll natürlich bestehen bleiben. Aber heute ist das Gesetz mit vielen Scherereien verbunden, und die Schultern des kleinen Unternehmers sind schwer damit belastet. Die Konservativen und Bündler jammern auch über die Kleberei. Wer aber war es denn, der uns das Gesetz mit der Kleberei gebracht hat? Der größte Teil der Konservativen hat dafür gestimmt. Wir machen ihnen keinen Vorwurf daraus. Sie sollen aber auch den Mut haben, die Verantwortung dafür zu tragen. Zur zweckmäßigen Vorbereitung der vom Staate zu treffenden Maßnahmen für die Landwirtschaft sind **Landwirtschaftskammern** sehr geeignet. In Preußen bestehen ja bereits welche. Aber sehr richtig

führte der energische freiheitliche Abgeordnete für Marburg, Herr von Gerlach, im Reichstage einmal aus:

Es sind nur amtliche und nicht berufene Vertretungen der Landwirtschaft. Berufen würden sie erst dann sein, **wenn die Kleinbauern**, die von der Landwirtschaftskammer ausgeschlossen sind, **darin säßen**. Heutzutage sind die Landwirtschaftskammern eine Vertretung des Großgrundbesitzes und des Großbauerntums. (Sehr richtig! links.)

Wir Liberalen rufen deshalb **„Fort mit allen junkerlichen Vorrechten!“** Das gilt vor allem für die Fideikommissionen oder Majorate. Das sind Großgüter, die von Gesetzes wegen unteilbar und unverkäuflich sind. In Preußen nehmen diese Fideikommissionen eine Fläche von 8 Millionen Morgen Land ein, das ist eine größere Fläche als die ganze Provinz Westfalen. Wieviel Bauern könnten sich da noch ansiedeln, wieviel Bauernhöfe sich einen eigenen Hof gründen!

Warum bestehen ferner die getrennten Gutsbezirke? Wenn man diese Frage in Versammlungen gestellt hat, haben die Herren nichts Gescheiters zu antworten gewußt. Was haben die getrennten Gutsbezirke heute für Kommunallasten zu bezahlen? Die meisten Wege haben die Dorfgemeinden zu bauen und zu bezahlen. Die schweren Rittergutswagen sind ihre schlimmsten Zerstörer. Die Dorfarmen, die auf den Rittergütern sich kaputt gearbeitet haben, liegen den Gemeinden auf dem Halse. Die Schulen sind Gemeindeschulen. Nach Rechten und Verordnungen, die aus den dunkelsten Zeiten stammen, an deren Ursprung sich schon unsere Vorfahren nicht mehr erinnerten, sind die Junker so vorschriftswidrig bevorzugt, daß mancher von den Bauern fast mehr Schullasten gibt als der Herr Schulpatron, der noch dazu das Recht hat, den Lehrer zu berufen.

Es ist höchste Zeit, daß in die alten verstaubten Schulvorrechte einmal ein frischer Luftzug kommt. Ferner wünschen wir Liberalen auch eine **gründliche Reform des gesamten Jagdrechtes**. Wir verlangen, daß die großen Herren, die eine ausgedehnte Jagd haben, **mehr** für den Jagdschein bezahlen, als die kleinen Leute. Und nun gar der **Wildschaden**. Den Hasenschaden dem Bauer zu vergüten, haben die Konservativen sich im Reichstage nach Kräften gesträubt. Sie drohten deshalb sogar mit Obstruktion.

Vor allem aber fordern wir **fortschreitende Einbeziehung des platten Landes in den Verkehr durch Ausbau des Eisenbahnnetzes**, Anlage von Land- und Wasserstraßen, **Verbilligung und Vereinfachung der Frachttarife**, ganz besonders auch im Nahverkehr. Wie viele Bauernhöfe und Bauerndörfer liegen heute noch sehr weit ab vom Verkehr! Und welcher Schaden ist das? Der Bauernstand hat viel weniger Gelegenheit, seine Produkte abzusetzen, er muß sie erst Stunden weit an die Bahn fahren oder fahren lassen und die Kosten dafür hat er allein zu bezahlen. Darum mehr Bahnen!

In einem der letzten trockenen Sommer drohte in einzelnen Gegenden, z. B. in Schlesien eine schwere Futternot. Die schlesischen Kleinbauern mußten insgedessen aus Oesterreich viel Futter beziehen und verlangten dafür billige Eisenbahnfrachten. Den Großgrundbe-

figern aber war das gar nicht recht. Sie möchten uns ja am liebsten vom Auslande ganz abschließen. Die „Deutsche Tageszeitung“, das Blatt der Großagrarien, wurde sehr verlegen und wußte nicht, auf welche Seite sie sich stellen sollte. Sie steckte einfach den Kopf in den Sand. Wir hätten vielleicht längst billigere Eisenbahnfrachten für landwirtschaftliche Artikel, wenn die Konservativen nicht den Landtag beherrschten. Die Konservativen sind ja überhaupt keine Freunde des Verkehrs. Sie haben sich ausdrücklich schon gegen die Herabsetzung der Personentarife gewehrt. Sie haben sogar den Personenverkehr durch die Fahrkartensteuer noch extra verteuert. Alle Fahrkarten wollten sie teurer machen. Ihr Führer, Graf Kanitz, sagte im Reichstag: warum soll die 10 Pfennig-Fahrkarte nicht 11 Pfennig kosten? Die Eisenbahnen möchten sie nur dahin haben, wo ihre Güter, Schnapsbrennereien und Zuckersabriken liegen. Sonst sehen sie im Dampfstoß den Bahnbrecher der modernen Zeit, der die finsternen Gegenden aufschließt und Luft und Licht bringt.

Der Bauer aber begrüßt die neue Zeit.

Weil sie, wie wir sachlich und überzeugend nachgewiesen haben, seine Entwicklung und seine Interessen fördert. Und wir haben zu unserem deutschen Bauernstand das feste Vertrauen, daß er immer mehr seine wahren Interessen erkennt, daß er sich wieder geschlossen in die Kampfesreihen des Liberalismus stellt, ehrlich mitkämpft für **Freiheit und Fortschritt** zum Heile unseres deutschen Volkes und seines geliebten Vaterlandes.

**Für die Reichstagswahl am 25. Januar 1907
ist der Kandidat der „Liberalen Vereinigung für
den Reichstagswahlkreis Hanau-Gelnhausen-Orb“:**

**Herr Rechtsanwalt Dr. Heilbrunn
in Frankfurt a. M.**

Auszug aus den Satzungen der „Liberalen Vereinigung“:

§ 2. Der Verein bezweckt den Zusammenschluß der entschieden liberalen Männer des Reichstagswahlkreises Hanau-Gelnhausen-Orb zu gemeinsamer politischer Arbeit. Er will eintreten für die gemeinsamen Ziele aller entschieden Liberalen, nämlich für geistige, wirtschaftliche, politische und soziale Freiheit, für Erhaltung und Erweiterung der Volksrechte, für eine gesunde Sozialreform, für die Wahrung der Unabhängigkeit und des Ansehens des Vaterlandes.

(Schriftführer: Herr Paul Giesel in Eschersheim bei Frankfurt a. M.,
Weidenstraße 2.)

figern aber wa
vom Auslande
Blatt der Groß
welche Seite sie
Sand. Wir hö
landwirtschaftlic
beherrschten. V
des Verkehrs.
setzung der Per
verkehr durch di
arten wollten
im Reichstag: r
kosten? Die Gi
Güter, Schnaps
sie im Dampfro
finsternen Gegend

Der

Weil sie, wie wi
Entwicklung und
unserem deut
daß er immer
daß er sich
des Liberalis
heit und Fo
Volkes und

Für die
ist der Rand
den Reichsta

Herr Ne

Auszug aus

§ 2. Der Be
Männer des Reichsta
tischer Arbeit. Er tr
Liberalen, nämlich fi
Erhaltung und Erwe
die Wahrung der Un

(Schriftführer: F



ja am liebsten
zeitung“, das
hte nicht, auf
a Kopf in den
nfrachten für
den Landtag
eine Freunde
t die Herab=
en Personen=
Alle Fahr=
Kanz, sagte
ht 11 Pfennig
en, wo ihre
Sonst sehen
eit, der die
t.

it.
haben, seine
haben zu
ertrauen,
erkennt,
se sreiben
für Frei-
eutschen
s.

uar 1907
ung für
en-Orb“:
Brunn

igung“:
den liberalen
insamer poli-
entschiedenen
Freiheit, für
alreform, für
s.
rt a. M.,